

E-PAPER

Blindflug beenden und stark aus der Krise kommen

Bildungschancen für
Benachteiligte jetzt sichern!

VON HANS-JÜRGEN KUHN UND MICHAEL VOGES

Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung, März 2021

Blindflug beenden und stark aus der Krise kommen

Bildungschancen für Benachteiligte jetzt sichern!

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Vorwort | 3 |
| 1. Wir brauchen dringend gesicherte Erkenntnisse über die kognitiven, sozialen und psychischen Auswirkungen der pandemiebedingten Schulschließungen! | 4 |
| 2. Wir brauchen dringend diagnosebasierte, wissenschaftlich fundierte Förderkonzepte und auf dieser Grundlage verbindliche zusätzliche Fördermaßnahmen! | 6 |
| 3. Stark aus der Krise – innovative Strategien und zusätzliche Mittel sind erforderlich! | 9 |
| Autoren | 10 |

Vorwort

Vor einem Jahr, am 16. März 2020, wurden pandemiebedingt Kitas und Schulen in Deutschland geschlossen. Nach einigen Wochen mit teilweise Präsenzunterricht im Sommer waren die meisten Schülerinnen und Schüler auch im Schuljahr 2020/2021 wieder überwiegend zu Hause ohne Präsenzunterricht.

Ein Jahr mit Öffnungen und Schließungen, Präsenz- und Fernunterricht, Hybrid- und Wechselunterricht liegt hinter uns, ein Jahr, das erhebliche Auswirkungen hatte für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Eltern und Familien: Lernrückstände, fehlende soziale Kontakte, psychische und gesundheitliche Belastungen. Gerade die ohnehin schon sozial und ökonomisch Benachteiligten haben besonders viel verloren. Schon vor Corona hatte unser Bildungssystem ein Gerechtigkeitsproblem, trotz Präsenzunterricht für alle. Seit mehr als einem Jahr können wir allerdings beobachten, wie sich die Ungleichheiten verschärfen, weil durch den Wegfall der täglichen Unterrichtssituation das Lern- und Sozialverhalten vieler Kinder und Jugendlichen zusätzlich beeinträchtigt wurde – mit fatalen Folgen. Damit die Chancenungleichheit nicht noch größer wird und sich auf lange Sicht verfestigt, muss zügig gehandelt werden.

Die jetzt erfolgte schrittweise Öffnung der Schulen wird spätestens zum Schuljahr 2021/22 eine Rückkehr in den regelhaften Präsenzunterricht möglich machen. Wer dann helfen und unterstützen will, muss zunächst wissen, wo das Problem liegt und wer von ihm betroffen ist. Daher muss der Blindflug schnellstmöglich beendet werden: Wir brauchen Klarheit über die Auswirkungen der pandemiebedingten Schulschließungen.

Das vorliegende Papier richtet sich in erster Linie an die bildungspolitisch Verantwortlichen in Bund und Ländern und fokussiert auf Monitoring, Diagnostik und kompensatorische Förderung, für die es jetzt dringend politischer Entscheidungen bedarf. Den Autoren ist bewusst, dass damit die Folgen der Pandemie für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Familien nur teilweise erfasst werden; das gilt auch für die Lösungen, die – auf der Grundlage einer verbesserten Datenlage – zum großen Teil noch entwickelt werden müssen.

Der Text beruht auf Diskussionen der Fokusgruppe Bildungspolitik der Heinrich-Böll-Stiftung und ist online verfügbar unter <https://www.boell.de/de/themen/bildung-wissenschaft>

1. Wir brauchen dringend gesicherte Erkenntnisse über die kognitiven, sozialen und psychischen Auswirkungen der pandemiebedingten Schulschließungen!

Es gibt bis heute in Deutschland keine gesicherten Kenntnisse über die Auswirkungen der Pandemie auf die Schüler/innen der verschiedenen Altersgruppen: Welche kognitiven Lernlücken und sozialen Defizite, welche Brüche sind entstanden, was bedeuten zerbrochene Alltagsstrukturen, Brüche in Beziehungen zwischen Schüler/innen und Lehrkräften, Schüler/innen untereinander, Abbrüche in Lernverläufen, extremer Medienkonsum, Bewegungsmangel, problematische Ernährung, Verlust von Selbstvertrauen und zunehmende Isolation? Schule ist immer Lern- und Lebensort mit vielfältigen Sozialisierungseffekten, die zu Hause so nicht stattfinden und auch nicht einfach zu kompensieren sind.

Beobachtungen von Mediziner/innen, Psycholog/innen, Lehrkräften, Eltern und anderen Personen weisen auf zahlreiche Probleme hin, ersetzen aber keine systematischen Untersuchungen der verschiedenen Alterskohorten. Zwar hat sich seit dem Frühjahr 2020 um «Schule und Corona» ein dynamisches Forschungsfeld herausgebildet, dabei dominieren jedoch viele kleine Projekte, die vor allem als Ad-Hoc Stichproben bei Online-Erhebungen durchgeführt wurden, sich eher auf technisch-organisatorische Fragen beim Fernunterricht fokussieren und meistens vor allem Lehrkräfte und Eltern befragen.

Bis heute gibt es keine repräsentative Studie für Deutschland, die die Auswirkungen der Schulschließungen auf die kognitive Kompetenzentwicklung beim Einsatz von Fern- und/oder Hybridunterricht nach Alterskohorten differenziert und belastbar beschreibt und längsschnittlich angelegt ist, um Veränderungen im Zeitverlauf messen zu können. Stattdessen werden zahlreiche, zum Teil auch weitreichende Lösungen zur Behebung einer Krise vorgeschlagen, für deren Wirksamkeit keine belastbaren empirischen Befunde vorliegen: Die (freiwillige oder angeordnete) Wiederholung des Schuljahres, verpflichtender Samstagsunterricht, Kürzung der Sommerferien, Verlängerung des Schuljahres bis Weihnachten 2021 machen entsprechend Furore.

Was die tatsächlichen Auswirkungen der Pandemie auf Schulen, Schüler/innen, Lehrkräfte und Familien angeht, befinden wir uns noch immer im Blindflug: Es bedarf dringend eines umfangreichen und koordinierten Forschungsprogramms, das systematisch und längsschnittlich die verschiedenen Aspekte der kognitiven und sozialen Kompetenzentwicklung unter Berücksichtigung von Herkunftsmerkmalen der Schülerinnen und Schüler sowie der sozioökonomischen Lage der Familien in den Blick nimmt und versucht Gelingensbedingungen zum Abbau von Bildungsungleichheit zu identifizieren.

KMK und BMBF haben es bis heute versäumt, ein solches Forschungsprogramm für Deutschland zeitnah aufzulegen und ausreichend zu finanzieren. Deutschland verfügt u.a. mit dem IQB, dem DIPF, dem IPN, dem ZIB und dem Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (NEPS-Netzwerk) über exzellente wissenschaftliche Einrichtungen mit einer Expertise in Large Scale Assessments. Diese Kompetenzen müssen mit Blick auf ein konzertiertes, strategisches Handeln gebündelt und genutzt werden, wenn Bund und Länder künftige Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten nicht verspielen wollen!

Der **IQB-Bildungstrend 2021**, der im Mai 2021 die Lernstände aller Viertklässler/innen in den Bereichen Deutsch und Mathematik auf der Basis einer repräsentativen Studie erfassen soll, bietet die erste Möglichkeit, die Kompetenzstände der vermutlich besonders stark betroffenen Grundschüler/innen bundesweit zu untersuchen. Die Studie könnte um geeignete Aufgaben und Fragebögen ergänzt werden, um eine Einschätzung der pandemiebedingten Auswirkungen (Lernstände, psychische und soziale Folgen) zu erlauben. Wenn eine derartige Ergänzung des Bildungstrends 2021 jetzt aus zeitlichen Gründen nicht mehr realisiert werden kann, sollten die Länder zumindest eine ggf. im Umfang reduzierte Untersuchung zu Beginn der 5. Jahrgangsstufe beauftragen. Dabei sollten durch gezieltes Oversampling bestimmte Schülergruppen (z.B. Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Schüler/innen nicht-deutscher Herkunftssprache) genauer untersucht werden, um dann in den folgenden Schuljahren gezielte Maßnahmen entwickeln zu können. Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf müssen dabei besonders berücksichtigt werden, ihre aktuelle Situation ist in der öffentlichen Diskussion weitgehend ausgeblendet worden! Diese Zusatzuntersuchungen sollten möglichst umgehend ausgewertet werden, um eine gezielte Förderstrategie für die jeweilige Personengruppe zu entwickeln.

Außer einer sehr begrüßenswerten Zusatzstudie im Nationalen Bildungspanel (NEPS), die im Frühjahr 2021 die Lernstände und Lernzuwächse von Neuntklässler/innen in Mathematik erfasst, gibt es derzeit für die Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I und die Jugendlichen im Übergang in die Berufsausbildung keine Pläne, ihre Entwicklungen ebenfalls mit empirischen Erhebungen umfassend in den Blick zu nehmen. Erste Ergebnisse der NEPS-Studie sollen noch 2021 vorgelegt werden. Voraussetzung für diese und ggf. weitere Untersuchungen ist allerdings, dass die Länder den Forschungseinrichtungen einen schnellen und umfassenden Feldzugang gewähren, damit durch gute Teilnahmequoten auch belastbare Ergebnisse berichtet werden können.

Um die Schulen nicht mit vielen unkoordinierten Einzel-Untersuchungen zu überlasten, sollte **die empirische und pädagogische Forschungskompetenz in Deutschland gebündelt und koordiniert eingesetzt** werden. Bund, Länder und ggf. auch die im Bildungsbereich tätigen Stiftungen sollten diese Fragen vordringlich miteinander abstimmen und zügig zu Entscheidungen kommen.

2. Wir brauchen dringend diagnosebasierte, wissenschaftlich fundierte Förderkonzepte und auf dieser Grundlage verbindliche zusätzliche Fördermaßnahmen!

Für eine verlässliche Beschreibung und Bewertung der Folgen der Pandemie im Bildungsbereich ist es unerlässlich, auf der Ebene von länderrepräsentativen Studien Bildungsmonitoring zu betreiben. Zugleich müssen aber auch schon die nächsten Wochen und Monate und das kommende Schuljahr genutzt werden, um entstandene Lücken mit klugen, **diagnosebasierten Fördermaßnahmen** zu verringern und die Schüler/innen und ihre Familien psychisch und sozial zu stabilisieren. Wer helfen und unterstützen will, muss wissen, wo das Problem liegt und wer von ihm betroffen ist.

Keine Diagnostik ohne Förderung! Keine Förderung ohne Diagnostik! Bund und Länder planen zurzeit Maßnahmen für zusätzliche Lernangebote, um die Folgen der pandemiebedingten Schulschließungen zu kompensieren. Das kann man nur begrüßen! Allerdings müssen diese Angebote die von Defiziten betroffenen Schüler/innen auch tatsächlich erreichen und ihnen eine passgenaue, verbindliche Förderung ermöglichen. Im Schreiben von Staatssekretär Rachel (BMBF) vom 23.2.21 an den Bildungsausschuss des Deutschen Bundestages heißt es dazu:

«Es muss damit gerechnet werden, dass sich in der Pandemie die Lernzeit der Schülerinnen und Schüler verringert hat. Das wird sich vermutlich auch in Lernrückständen niederschlagen. Wie groß diese Defizite sein werden, ist derzeit nicht bekannt.»

Um Umfang und Inhalt der tatsächlichen Defizite zu erfassen, müssen die aktuellen Lernstände systematisch erfasst werden. Zentraler Maßstab sollten dabei die in den Bildungsstandards beschriebenen sprachlichen und mathematischen Kompetenzen sein. Daher sollten in den ersten vier Wochen des neuen Schuljahres bundesweit vorhandene und ergänzend länderspezifische Instrumente eingesetzt werden, um für alle Schüler/innen eine verlässliche Einschätzung zu möglichen Förderbedarfen zu gewinnen. Die Länder sollten sich darauf verständigen, gemeinsam nach dem Vorbild NRWs **die zentralen Vergleichsarbeiten VERA 3 und VERA 8 verbindlich auf den Beginn des Schuljahres 2021/22 zu verlegen** und auf diese Weise eine Lernausgangslage für die Klassen 4 und 9 zu gewinnen. Die Durchführung auszusetzen oder freiwillig anzubieten verhindert eine flächendeckende, systematische und belastbare Basis, der zwingend verbindliche Fördermaßnahmen folgen müssen. Hier wird ohne Not eine große Chance vertan. Die in einigen Ländern bereits gewährte Unterstützung der Lehrpersonen bei der Korrektur und Auswertung durch

Externe sollte ausgeweitet werden, um die Lehrpersonen zu entlasten und Kapazitäten für einen wirksamen Umgang mit den Ergebnissen zu schaffen.

Monitoring-Studien geben noch keine Hinweise auf individuelle Förderbedarfe, dazu braucht es andere Instrumente und Verfahren einer aussagekräftigen **Individualdiagnostik**. Zusätzlich braucht es eine konzertierte Aktion aller Länder, die zahlreichen vorhandenen, qualitätsgesicherten Diagnoseinstrumente zur klassenbezogenen oder individuellen **Lernstandsdiagnostik** für andere Jahrgangsstufen und Fächer auf einer **digitalen Plattform für alle Schulen in Deutschland** verfügbar zu machen. Die KMK sollte diese Verfahren und Instrumente unter Einbeziehung wissenschaftlicher Einrichtungen (z.B. dem DIPF) mit fundierten Empfehlungen für einen sinnvollen Einsatz in der Schule versehen und schnellstmöglich auf einer bundesweiten Plattform wie «Wir lernen online» (WLO) oder «Mundo» bereitstellen, damit sie schnell und unbürokratisch genutzt werden können.

Entscheidend wird sein, im Anschluss an die Diagnose wissenschaftlich fundierte Förderkonzepte und -maßnahmen umzusetzen. Zusätzliche Angebote, im Rahmen des Ganztags, aber auch an Samstagen oder in den Ferien, müssen geeignet und nachweisbar wirksam sein, um festgestellte Lernlücken und Versäumnisse anzugehen. Dazu wurden in den letzten Jahren im Rahmen diverser Forschungsprogramme wirksame Förderansätze identifiziert und erfolgreich evaluiert (z.B. <https://biss-sprachbildung.de/angebote-fuer-die-praxis/tool-dokumentation>).

Auch stellt sich die Frage der **Verbindlichkeit**: Identifizierte Förderbedarfe für Risikogruppen müssen von den Schülerinnen und Schülern auch wahrgenommen werden. Dazu sollten in **Lern- und Fördervereinbarungen** zwischen Schule und Schüler/innen unter Einbeziehung der Sorgeberechtigten additive individuelle Fördermaßnahmen vereinbart werden (vgl. z.B. Hamburg, Verordnung über die besondere Förderung von Schülerinnen und Schülern gemäß § 45 Hamburger Schulgesetz-VO-BF).

Die öffentlichen Schulen allein können dies nicht auffangen, die Angebote privater Nachhilfeinstitutionen und freier Jugendhilfeträger verfügen über die notwendige Expertise, Infrastruktur und Ressourcen und sollten regional in entsprechende für die Nutzer kostenlose Angebote einbezogen werden. Die BuT-Lernförderung bietet hier eine gute Ressource, die bedarfsgerecht ausgeweitet werden müsste. Bei Bedarf müssen Möglichkeiten gefunden werden, den Eltern, die BuT-Lernangebote für ihre Kinder nutzen wollen, aber nicht zum Kreis der Anspruchsberechtigten gehören, die Selbstzahlerkosten zu ersetzen.

Viele Bundesländer unterbreiten bereits heute zusätzliche kostenlose Bildungsangebote in den Ferien. Das ist sinnvoll und sollte in allen Ländern stattfinden. Dabei geht es aber um mehr als das Bearbeiten von inhaltlichen Defiziten. Ausgeweitete Lernzeiten müssen für das Lernen auf allen Ebenen genutzt werden. Für viele Schüler/innen ist der Erfolg bei der kognitiven Leistungssteigerung davon abhängig, dass ihr Selbstvertrauen, ihre Lernmotivation und ihre Lernkompetenzen gestärkt werden. Bei der Förderung der

Basiskompetenzen sollte fachliches Lernen mit überfachlichen Zielen verbunden werden, die Stärkung der personalen und sozialen Kompetenzen muss im Mittelpunkt stehen, um wieder Freude am Lernen zu ermöglichen und Selbstvertrauen aufzubauen. Gerade in der Pandemie ist deutlich geworden, wie entscheidend Selbständigkeit und Verantwortungsübernahme für die eigenen Lernfortschritte sind. Sie können nicht bei allen Schüler/innen vorausgesetzt werden und entwickeln sich nicht mit einmaligen Ferienkursen. Dazu brauchen wir ein längerfristiges Konzept für eine veränderte Lernkultur, gerade auch im Regelunterricht.

3. Stark aus der Krise – innovative Strategien und zusätzliche Mittel sind erforderlich!

Die Zeit bis zum Beginn des kommenden Schuljahres ist knapp bemessen, sie muss gut genutzt werden, um über kurzfristige Maßnahmen hinauszukommen. Wir müssen vor allem die Kinder und Jugendlichen, die am stärksten von der Krise getroffen wurden, auffangen, unterstützen und ihnen wieder eine Perspektive geben. Wir wollen, dass es jedem Kind, jedem Jugendlichen, im kommenden Schuljahr gelingt, seine Bildungsbiografie erfolgreich fortzusetzen, sowohl bei den Lerninhalten als auch bei kognitiven und sozialen Entwicklungen.

Um die pandemiebedingten Defizite auszugleichen und die Bildungschancen der Benachteiligten nachhaltig zu verbessern, brauchen wir ein passgenaues und angemessen ausgestattetes **Förderprogramm von Bund und Ländern**. Das Recht auf Bildung erfordert einen bundesweit geltenden Anspruch auf Mittel aus dieser zusätzlichen Förderung. Die Verteilung dieser Mittel sollte nicht nach dem sog. Königsteiner Schlüssel (Steueraufkommen und Einwohnerzahl) erfolgen, sondern anhand von Sozialindizes, die sich an der Zahl der Bedürftigsten orientieren. Als Zeithorizont für zusätzliche stützende Maßnahmen muss man dabei von mindestens zwei Schuljahren ausgehen. Dies muss gut kommuniziert werden, um Eltern und Schüler/innen zu vermitteln, dass eine Schuljahreswiederholung nur in Ausnahmefällen sinnvoll ist. Bei der Konzeption und Begleitung des Förderprogramms sollte die Expertise der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz genutzt werden.

Die jetzt zu entwickelnden Konzepte und Maßnahmen sollten auch künftig eine gute Basis dafür bilden, Bildungsbenachteiligungen früh zu erkennen und ihnen kompensatorisch entgegenzuwirken. Dazu gehören vor allem deutlich mehr – der Rechtsanspruch auf Ganztags in der Grundschule muss zügig beschlossen und umgesetzt werden! – und qualitativ gute Ganztagsangebote, die genügend Gelegenheiten zur Förderung von Lernerfolgen benachteiligter Kinder und Jugendlicher bieten, aber auch auf Dauer angelegte Tutorienprogramme, Buddykonzepte, Lernpatenmodelle usw.

Schließlich könnten die angestrebten Ziele durch eine aktive Einbeziehung des Sozialraumes über Bildungsbündnisse mit den dort vorhandenen Akteuren der Zivilgesellschaft und die Nutzung der vor allem in städtischen Räumen vorhandenen vielfältigen Lernorte (Jugendverkehrsschulen, Gartenarbeitsschulen, Museen, Bibliotheken, außerschulische Lernorte, Schullandheime u.a.) schneller und nachhaltig erreicht werden. So könnte in der Krise auch eine Chance liegen, unser Schulsystem sozial gerechter weiterzuentwickeln.

Autoren

Hans-Jürgen Kuhn wurde 1953 geboren und ist in Berlin aufgewachsen. Von 1978 bis 1987 war er Lehrer in der Kopernikus-Gesamtschule mit den Fächern Arbeitslehre und Chemie; von 1987 bis 1989 war er Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für die Fraktion Alternative Liste (bildungspolitischer Sprecher der Fraktion). Von 1989 bis 1990 war er als Staatssekretär für Schule, Berufsbildung und Sport in Berlin tätig. In späteren Funktionen war er u.a. Referatsleiter im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport im Land Brandenburg, Leiter der Schulaufsicht der Sekundarstufe I sowie Leiter des Referats Qualitätsentwicklung und -sicherung, Schulentwicklung und Schulforschung. Zwischenzeitlich war er zudem Gründungsgeschäftsführer des Instituts für Schulqualität der Länder Berlin und Brandenburg. Hans-Jürgen Kuhn ist Mitglied der Fokusgruppe Bildungspolitik der Heinrich-Böll-Stiftung.

Dr. Michael Voges wurde 1952 in Bremen geboren. Er studierte Germanistik, Geschichte und Soziologie in Kiel und Oxford. Von 1980 bis 1991 war er als Wissenschaftlicher Assistent bzw. Hochschulassistent an den Universitäten Kiel und Tübingen tätig. 1992 erfolgte der Einstieg in die Landesverwaltung Hamburgs, wo er verschiedene Aufgaben wahrnahm, darunter die Leitung des Planungsstabs in der Senatskanzlei. 2006 wurde Voges zum Staatsrat der Behörde für Bildung und Sport ernannt, 2008 wechselte er in die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz. Von 2010 bis 2011 war er Staatsrat der Finanzbehörde und von 2011 bis zu seiner Pensionierung am 31. Dezember 2016 wieder Staatsrat der Behörde für Schule und Berufsbildung. Michael Voges ist Mitglied der Fokusgruppe Bildungspolitik der Heinrich-Böll-Stiftung.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Kontakt: Referat Bildung & Wissenschaft, Philipp Antony [E antony@boell.de](mailto:antony@boell.de)

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: März 2021

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Weitere Publikationen zum Downloaden unter
www.boell.de/publikationen